

Der Reformweg über die Steuergestaltung

I. *Salzsteuer aus Gold*

Wie würde – rein theoretisch – ein rationelles, das heißt, universell vertretbares Steuerkonzept aussehen? Dass wir im dunklen Schatten der taktierenden Tagespolitik davon Lichtjahre entfernt sind, braucht uns nicht vom Träumen abzuhalten. Denn wir sind einsichtig, und wir wollen Steuern mit Stolz bezahlen. Nicht aber diese Steuern, die halb Europa kaputt machen und die andere Hälfte in die Depression treiben.

Eine große Steuerlast entfällt auf die Arbeit, und wen wundert es da, dass die Arbeit rar geworden ist? Richtig bezahlte erst recht. Eine zusätzliche Steuerlast – nämlich die EU-weite Mehrwertsteuer sogar für persönliche Dienstleistungen – belastet die kleinen ortsnahen Dienstleistungen des Alltags, die sonst für sinnvolle und menschengerechte Arbeitsplätze sorgen könnten. Dafür aber genießen die Maschinen und deren Statthalter fiskalische Vorteile im Übermaß. Die Fabrikanlagen werden schnell steuerlich abgeschrieben, das Kapital ohnehin kaum besteuert, die Gewinne werden im Ausland gemeldet, hierzulande nicht.

Ingenieure, Logistiker und Ähnliche bemühen sich täglich, die bereits atemberaubende Effizienz bei der Materialverarbeitung zu steigern und somit noch weniger arbeitsintensiv zu gestalten. Wenn bloß die Kindergärtner und Altenpfleger sich zusammenreißen und ebenfalls nicht so zeitintensiv mit der Bearbeitung ihres Materials befassen würden; wenn bloß auch bei ihnen die Abfertigung und die Abläufe schneller vonstatten gingen; da kämen auch sie an Produktivitätszahlen, die sich mit der Industrie vergleichen liessen...

Zugegeben, die Polemik ist einen Hauch unfair. Natürlich hat niemand so etwas gefordert. Und doch. Denn die Steuerbelastung im sozialen Bereich, wo Effizienzsteigerungen unmöglich oder unmenschlich wären, beziehungsweise diesen

(wirtschaftlich gesprochen) enge Grenzen gesetzt sind, fällt nicht geringer aus als beim Maschinenbediener.

Hier geht es nicht darum, wer nun mehr, wer weniger Gehalt unter dem Strich erhalten soll. Es geht um die Verfälschung der Messung der wirtschaftlichen Leistungen. Die Steuerlast sollte – so der universelle Anspruch – gleichmäßig gemäß der Leistungsfähigkeit beziehungsweise der wirtschaftlichen Bedeutung verteilt werden. Der Nutzen des Schulunterrichts (aber auch der Kultur) zeigt sich aber eigentlich erst viele Jahre – sogar Jahrzehnte – später, wenn der Nutzen vieler Fabrikartikel schon längst verflossen ist. Wir haben es mit anderen Zeiträumen zu tun. Die Rechnungslegung gründet auf der Wahnvorstellung, alles ließe sich in abgehakten Jahren – sogar Quartalsberichten – niederschreiben. Hier greift die *spurious precision* um sich, das heißt, die entgleiste oder abwegige Präzision.

Wenn die gleiche Messlatte angewendet wird, gleichgültig, ob nun mit High-Tech-Materialien und -Prozessen in der Fabrik oder aber mit Menschen gearbeitet wird, so findet eine enorme volkswirtschaftliche Verzerrung statt. Wir haben es mit Branchen zu tun, die von der Art her so grundverschieden sind wie sonst nur Gold und Salz. Diese beiden Waren haben eine Zeit lang Westafrikaner und Araber Gewicht gegen Gewicht gehandelt, also mit der gleichen Messlatte. Sollten aber dafür heute Salz und Gold den gleichen Steuersatz erhalten?

Wie verschieden sind wohl diese Branchen? – So verschieden wie ein Baum, seine Wurzeln, seine Blätterpracht, seine Samen? Ist da das Wort *Branchen* – Äste – noch passend?

II. Steuern an falscher Stelle

Viele Ungleichgewichte im Wirtschafts- und Arbeitsleben rühren daher, dass Steuern an falscher Stelle und ineffizient erhoben werden: – so der Ausgangspunkt dieser Überlegungen. In einer humanen Industriegesellschaft lässt sich praktisch nicht vermeiden, dass die Staatsquote hoch liegt, und dementsprechend müssen Ressourcen mittels hoher

Steuersätze umverteilt werden. Es geht darum, wie diese Umverteilung vonstatten geht.

Die Problematik hat zwei Seiten. Zum ersten fragt sich, wie ein effizientes Steuersystem aussehen müsste. Dazu gehört, dass die Erhebung der Steuer möglichst unauffällig vor sich geht und die menschenfreundliche wirtschaftliche Tätigkeit – auch den kleinen Handel in ortsnahen Dienstleistungen oder sonst übers Internet – nicht beeinträchtigt.

Zum zweiten steht die Frage, wie man dieses erreichen könnte, da, wo das vorhandene System so weit davon entfernt ist. Dieser Aspekt ist leider in der Praxis viel gewichtiger als er eigentlich sein sollte, denn die Masse der Bürger tut sich mit starken Veränderungen der relativen Preisgestaltung schwer, auch wenn diese Veränderungen in ihrem Sinne verlaufen. Man spricht von der Klebrigkeit der Preise – auch der Löhne und dergleichen mehr. Die Gewohnheit und die Psychologie spielen groß mit, denn der ungeschulte Gerechtigkeitssinn besteht auf Bestandsschutz und mag sich nicht auf Argumente einlassen, die die positiven Folgen als Ausgleich für Nachteile anbieten. Man erinnert sich zudem misstrauisch an die vielen Fälle, bei denen diese Rechnung nicht aufging. Dass sie häufig doch im günstigen Sinne aufging, hat man längst vergessen.

Auch die wesentlichen Probleme der aktuellen Finanzkrise in Europa ließen sich mittels einer radikalen Veränderung der Abgabepolitik gut bekämpfen. Mit Fiskalunion allerdings auf gar keinen Fall, solange diese keine Umwälzung in der Steuergestaltung vorsieht. Wenn keine Rettung über getrennte Währungen zugelassen wird, muss der Lösungsweg unausweichlich entweder über unterschiedliche Steuern gehen oder aber über die Planwirtschaft und dann mit entsprechenden Kapitaltransfers.

III.

Im Prinzip holt man sich die Steuereinkünfte da, wo die Erhebung sich leicht und zuverlässig verwalten lässt; aber ebenfalls dort, wo Ressourcen – genauer gesagt, Geldflüsse – in

großer Menge und längerfristig vorhanden sind. Sehr lange lag es dementsprechend nahe – in einer verschollenen Zeit der Vollbeschäftigung – viele Abgaben an die Arbeit zu koppeln. Es ist ein jahrzehntelanger Armutsbeweis der Politik gewesen, auf die Veränderungen im Arbeitsmarkt nicht zu reagieren. Zwar beteuern viele Politiker, dass die Abgabenlast auf die Arbeit zu hoch liegt, handeln tun sie aber nur zimperlich. Die Arbeitgeber beschwerten sich zudem und zu Recht über die Bürokratie der Abgaben, denn es bleibt nicht bei einer Abgabenart.

In Deutschland insbesondere hält man noch hartnäckig am Sinn der verschiedenen Töpfe – ein Topf für Sozialversicherung, ein Topf für Krankenversicherung, und so weiter, fest. Nichts gegen die Vorteile der Funktionstrennung, im Gegenteil, diese setzt aber eine Menge voraus, darunter in diesem Fall die gut bezahlte Vollbeschäftigung, die längst nicht mehr gegeben ist. Dabei ist allseits bekannt, dass die Statistiken zur Arbeitslosigkeit das eigentliche Ausmaß vertuschen, denn die Unterbeschäftigung und nicht zuletzt die unzureichenden Einkünfte von vorgeblich Selbständigen, ist noch viel größer: Der Selbstausbeutung wird an jeder Ecke durch marode Strukturen Vorschub geleistet.

Zu den Prinzipien, dass die Steuererhebung möglichst unkompliziert und zuverlässig vonstatten gehen soll und dort zu greifen hat, wo auch das Geld zu holen ist, gesellen sich weitere Überlegungen. So darf die Steuererhebung einer sinnvollen wirtschaftlichen Tätigkeit – auch längerfristig – nicht entgegenwirken. Ihr kommen auch – und hier kann es eher kontrovers werden – zusätzliche Funktionen zu, so, wenn bestimmte Produkte oder Leistungen verteuert werden, andere dafür, wenn nicht gleich subventioniert, dann doch zumindest steuerbefreit werden sollen. Wie der Name auch sagt, kommt der Steuer überhaupt, sowohl im Kleinen (also beim Konsumenten), als auch im Großen (zum Beispiel bei Investitionen), unvermeidlich eine Lenkungsfunktion zu. Eine Rolle der Politik und des öffentlichen Diskurses besteht überhaupt darin, einen Mittelweg des weitgehenden Konsenses

anzubahnen, damit der Staat die Wünsche und Prioritäten der Bürger nicht herrschsüchtig bestraft, andererseits aber das Wohl des Landes und die Zukunft nicht aus den Augen verliert. Letzteres tut er, wenn er nur noch auf die momentanen Steuereinnahmen schießt und nicht mehr darauf achtet, wie nun die Steuereinnahmen entstehen und was alles aufgrund der Steuergestaltung auch ausbleibt.

Jeder mathematisch ausgebildete Wirtschaftswissenschaftler kann Kartentricks vorführen, wie dem Anschein nach Umsätze generiert werden, die sich theoretisch besteuern ließen, wobei aber unter dem Strich nichts erreicht wird. Als Kontrollfrage überlege man, ob es um Nullsummenspiele geht oder doch um nachweisbaren (also vorzeigbaren) Mehrwert. Mit Mehrwert hat im Übrigen eine Mehrwertsteuer nicht immer zu tun.

Man nehme als simples Beispiel Kartenspiele im wortwörtlichen Sinn mit Geld als Einsatz, oder Casinos, die eher staatlich beaufsichtigt werden. Das Geld wird umgeschichtet, einige Teilnehmer werden ärmer, andere reicher, und nach Angabe mancher Public-Relations-Sprecher wird sogar vom Casino ein Unterhaltungswert generiert. Arbeitsplätze auch. Einmal angenommen, dass wir ein Recht dazu haben, uns gelegentlich der Aufregung und der Aussicht hinzugeben, im Handumdrehen unverdientes Geld zu ergattern, dürfte unumstritten sein, dass eine solche Branche kein Standbein einer Wirtschaft bilden kann; oder wenn schon, dann nur parasitär, wenn ein isolierter Ort sich sonst nicht zu retten weiß. Bei diesem Beispiel sind die Gegebenheiten noch übersichtlich, in anderen Fällen nicht mehr, insbesondere, wenn Sinnvolles und Sinnloses vermengt werden. So haben manche Rechtsstreitigkeiten und Börsengeschäfte eher Spielcharakter.

Eine Verpflichtung des freiheitlichen beziehungsweise gerechten Staates in diesem Zusammenhang wäre es, sicherzustellen, dass kein Normalverdiener sich zum Spielen gezwungen oder genötigt sieht; also auch nicht zum Rechts-

oder Börsenspiel (Stichwort Pensionsfonds, Lebensversicherungen). Und erst recht nicht zu Spielereien mit dem Steuersystem, wie dies seit langem aufgrund der komplizierten Subventions- und Abzugsmöglichkeiten geschieht.

An ein weiteres Prinzip darf an dieser Stelle erinnert werden. So richtig es ist, die Anzahl der Steuerarten und -abgaben nicht übermäßig steigen zu lassen, so spricht alles dagegen, es ganz radikal mit der Vereinfachung zu betreiben. Eine gewisse Streuung ist durchaus wünschenswert, sonst werden einige legitime Situationen unverhältnismäßig belastet; d.h. es empfiehlt sich mitunter, sowohl direkte als auch indirekte Steuern vorzusehen. Geld hat unvermeidbar mehrere Funktionen, darunter als Tauschmittel in der Gegenwart und als Wertspeicherung für die Zukunft. Mit Steuern ist es nicht anders. Diese rechtfertigen sich zunächst als Voraussetzung für die Bezahlung von Infrastruktur, Bildung und die Gewährleistung des Friedens – auch des inneren Friedens, der ohne den teuren Sozialstaat keineswegs gegeben ist. Die Erhebung ist aber niemals ganz wertfrei zu gestalten, auch wenn die Wertungen unterschiedlich betont sind. Bestimmte Konsumgewohnheiten werden künstlich kostspielig gestaltet, andere dafür billig gehalten. Ein Vorwurf gegen die bestehenden indirekten Steuern besteht darin, dass der Mehrwertsteuersatz für Luxus- und Bedarfsartikel weitgehend gleich ist.

IV. Lebensaltergerechte Steuergestaltung

Philosophisch könnte man eine Unterteilung machen.

Wirtschaftswissenschaftlich auch, was heute vielleicht mehr Eindruck macht. Lebensgeschichtlich ohnehin: Wir werden als Kinder geboren, und wenn alles gut geht, sterben wir alt. Zu Beginn und zum Ende schwach. In der jahrzehntelangen Zwischenzeit sind wir stark produktiv. Wir schaffen nicht nur das heran, was wir täglich für uns allein brauchen, sondern die Mittel, um unsere Schuldigkeit den Älteren gegenüber zu tun

und unsere Hoffnungen in unsere Nachkommen setzen zu können.

Es ist immer wieder die Rede von *Naturrecht*. Die Idee ist weniger tüchtig, als sie zunächst erscheinen mag, denn die Natur ist erst recht ein weites Feld. Stellen wir uns aber einmal vor, es gäbe so etwas wie eine natürliche (logische, in-sich-schlüssige, konsequente) Steuergestaltung: eine Steuergestaltung, die den Lebenslauf der Menschen in der Gesellschaft abbildet; die die Verantwortlichkeiten bestimmten Altersgruppen zuordnet; und deren Ansprüche und Entscheidungskompetenzen auch.

So hätten junge Menschen eine Verpflichtung, sich auszubilden, damit sie eines Tages für die Gesellschaft geradestehen und sie weiterführen können. Sie müssten sich Wissen und Fertigkeiten und Arbeitsdisziplin aneignen, ohne bereits selbst produktiv arbeiten zu müssen. Sie hätten nicht nur die Verpflichtung zu dieser Ausbildung, sondern auch damit einhergehend Anspruch auf die Mittel dazu, einschließlich der finanziellen Mittel. Und so ist es auch.

So hätten Erwachsene mitten im Leben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass für die Erziehung und Ausbildung der jüngeren Generation die Mittel bereitstehen. Und diese Pflicht haben sie auch.

Entsprechend könnte der älteren Generation, die nicht mehr produktiv arbeitet, eine Funktion der Weitsicht zukommen. Weitsicht hieße, über die eigenen Horizonte hinaus eine besondere Obhut für die Grundlagen des Lebens auszuüben. Sie wäre damit – unter anderem – die vorderste Hüterin der Umwelt.

In dieser Rolle dürfte diese Altersgruppe das Tempo des Verbrauchs der Naturressourcen durch die Höhe der entsprechenden Verbrauchssteuern stark mitbestimmen, deren Einnahmen für deren Versorgung (Rente, medizinische Fürsorge, Pflege) ausgegeben werden. Denkbar wäre auch, weitere Kosten des Gesundheitswesens (zum Beispiel für chronische Krankheiten) ebenfalls aus diesem Topf finanzieren

zu lassen. (Die obenstehende Polemik gegen die Töpfe richtete sich nicht gegen das Prinzip, das hier stark bejaht wird, sondern dagegen, dass die derzeitigen Töpfe nicht mehr durchdacht sind.)

V. Kreisläufe

Bei der Wirtschaft haben wir es mit Zuteilung und Kreisläufen zu tun. Beide bilden wir mit Geld ab, das sich der Sprache der Mathematik bedient. Eine komplexe Gesellschaft kommt so wenig ohne Geld aus wie ohne Sprache. Faules Geld entsteht, wenn es nicht mehr fließt, oder nur hin- und herfließt oder wie elektrischer Strom in einem Kurzschluss – in einer Sackgasse – endet. Es gibt nicht nur faules Geld: es gibt auch Sprachverzerrungen, zweifelhafte Statistiken und marode Mathematik. Man sollte auf der Hut sein.

Kreisläufe sind dynamisch und sie erfassen in einer ausgeglichenen Wirtschaft alle Akteure. Die Wirtschaft ist – so wird hier als unstrittig unterstellt – mehr als die Summe vieler einzelner Transaktionen. Die Steuerabgaben sorgen dafür, dass Geld auch dahin gelenkt wird, wo kurzfristige Überlegungen es sonst nicht ausreichend hinbringen würden. Ein Steuersystem hat immer auch die Aufgabe, das Geld umzuverteilen. Wenn die Steuern mit System erhoben werden sollen, und sie nicht wie jetzt weitgehend bloß dort geholt werden, wo sie sich widerstandslos holen lassen, dann bietet es sich an, sie entsprechend den Gegebenheiten der Altersgruppen zu gestalten.

Die noch nicht erwachsene Generation bezahlt im Prinzip keine direkten Steuern, sie empfängt vielmehr recycelten Steuereinnahmen. Die nicht mehr (voll) arbeitsfähige Generation ist ebenfalls nicht produktiv und dürfte dementsprechend – volkswirtschaftlich gesehen – keine direkten Steuerzahlungen mehr leisten. (Die Sichtweise hier richtet sich nach dem Durchschnitt und nach den Ursachen der Zahlungsfähigkeit beziehungsweise Zahlungspflicht. Einzelne Mitglieder beider Gruppierungen werden heute natürlich doch

für Steuerabgaben herangezogen, und dies wird auch im vorgeschlagenen „natürlichen“ Steuersystem nicht ausgeschlossen; es handelt sich aber dabei um Steuern, die eine Korrektur darstellen – ähnlich den jahresübergreifenden Posten – sogenannten Abgrenzungen – in einer Bilanz. Das Geld, das im Ausnahmefall von einzelnen Mitgliedern als Steuer abgeführt wird, rührt von einer anderen Zeit her: zum Beispiel in Form einer Pension oder aber von anderen Personen im Falle der Erbschaft. Unser Thema hier aber ist der Kreislauf überhaupt.)

Die Rede bisher war von direkten Steuern, und das ist vornehmlich die Einkommensteuer. Die Situation bei den indirekten Steuern ist zunächst etwas verworrener. Da die Menschen in der Erziehungs- und Ausbildungszeit Nettoempfänger sind, handelt es sich volkswirtschaftlich um einen Umweg der Geldflüsse. Ein Teil des Geldes, das ihnen in die linke Hand gedrückt wird, wird ihnen aus der rechten Hand als indirekte Steuerabgabe gleich wieder weggenommen. Der Umweg ist notwendig, um das Funktionieren des Marktes zu gewährleisten. Denn welche Produkte oder Dienstleistungen gekauft werden, soll im Sinne der Marktwirtschaft den Einzelentscheidern überlassen werden. Der Weg von der linken zur rechten Hand läuft über die gewerblichen Anbieter, und dem einzelnen Anbieter ist es schon wichtig, ob dieser Weg über ihn oder über seine Konkurrenten läuft. Unter dem Strich bezahlt aber die noch nicht produktive Generation keine Steuern. Der Umweg, den deren Geld von der linken in die rechte Hand geht, stellt keine Belastung dar.

Anders kann es auch nicht sein, soweit eine volkswirtschaftliche Momentaufnahme der Kreisläufe gemacht wird. Allerdings ist dem existierenden System anzulasten, dass viele junge Menschen unzureichend versorgt werden. Dadurch, dass sie vom Staat kein Grundeinkommen erhalten, sind sie auf die Freundlichkeit und Zahlungsfähigkeit Anderer – vorwiegend ihrer Eltern – angewiesen. Zum Teil treten sie vorzeitig die produktive Arbeit an. Zum Teil holen sie sich das

Geld für die Ausbildungszeit über Kredite, deren Rückzahlung zu Unzeiten sie in ihrer Lebensführung (Familiengründung, Entfaltung der Persönlichkeit) schwer belasten kann. Diese Gegebenheit ist nicht nur für sie nachteilig, sie birgt auch Gefahren für die Volkswirtschaft zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Kreditrückzahlungen vielleicht ausfallen.

Wir haben es hier – aber auch an allen anderen Ecken – mit einem chaotischen System zu tun, das aufgrund seiner Unübersichtlichkeit kaum noch zu reparieren ist, so sehr die taktierenden Politiker sich um Pflaster und Übergangslösungen kümmern. Die Kreisläufe des Geldes (beziehungsweise der Kredite) und somit auch der Steuerabgaben stimmen nicht mehr mit dem Kreislauf des menschlichen Lebens überein. Damit ist das Geld auf kurz oder lang faul. Der Austausch wird erschwert, der Handel kommt ins Stocken, und es herrscht zunehmend Misstrauen. Irgendwann muss eine Wende kommen, bis sie aber kommt, kann vieles im Argen liegen. Es ist deshalb ratsam, gedankliche Vorbereitungen zu treffen, damit die Wende ausreichend radikal und durchdacht ist, wenn sie endlich unausweichlich vor der Tür steht.

Wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz, der an erster Stelle die wesentlichen Kreisläufe berücksichtigt. Geld muss zur jungen Generation fließen sowie auch zur älteren. Das war immer so, und so wird es auch bleiben, mit oder ohne einen starken Staat. Es kommt darauf an, wie viel, und wer die Geldflüsse bestimmt.

In der modernen Gesellschaftsform vermeiden wir wirtschaftsbedingte persönliche Abhängigkeiten unter Erwachsenen: Jeder soll das eigene Geld haben und somit nicht auf die Gefälligkeit seiner Familienmitglieder angewiesen sein. Die persönlichen (auch die familiären) Beziehungen sollen von Zuneigung oder sonstiger Verbundenheit geprägt sein, aber möglichst eben nicht von Geld oder materieller Abhängigkeit. Die Anonymität des Staates (auch übrigens des Marktes) – dessen Neutralität – hat vieles für sich, das bei jeder Beschimpfung unterschlagen wird. Es ist eine Errungenschaft

für die Menschenwürde und die Aufrichtigkeit, dass man sich bei den Nächsten nicht aus Not verstellen muss: eine Errungenschaft, die heute Teile der Politik uns wegnehmen möchten.

Es waren dies Überlegungen, die sich beinahe erübrigen würden, die aber die Festigkeit des Rahmens untermauern, der hier für die Steuergestaltung und staatliche Ausgabenpolitik gepriesen wird.

VI. Ein neuer Generationenvertrag

Eine saubere Lösung sieht vor, dass die heranwachsende Generation ein Grundeinkommen zugewiesen bekommt, das für ihre Bildung und ab einem bestimmten Alter für den Lebensunterhalt sorgt. Im Gegenzug obliegt es jedem jungen Erwachsenen, sich um diese Bildung und die entsprechende Lebensführung zu bemühen.

Es bleiben untergeordnete Grundsatzfragen: Wie ist das Eintrittsalter, wann scheidet man aus? Inwieweit werden auch Kinder hier mit abgedeckt? Rechtlich zählen als Heranwachsende die Achtzehn- bis Zwanzigjährigen, es spricht aber vieles dafür, diesen Begriff ab sechzehn oder früher, mit Beginn der Pubertät, anzuwenden, denn es sind dies keine Kinder mehr (sie sind zeugungsfähig). Sie mögen zwar weniger reif sein, das trifft aber auch auf viele Alte zu.

Es ist dies kein unbedingtes Plädoyer für ein universelles Grundeinkommen. Es spricht zwar in einer Situation der Arbeitsknappheit, der Prekarität und der schiefen Hierarchien vieles dafür, denn sonst werden Mittellose von zynischen „Arbeitgebern“ sowohl finanziell als auch seelisch ausgebeutet. Wenn sie nicht gleich ein Hohn sind, so bieten die Arbeitsgerichte hier keine besondere Rettung: Die Privatwirtschaft hat eigene Mittel, um Missliebige für den Gang vor Gericht zu bestrafen, falls dieses doch Recht spricht. Die Sozialhilfe setzt voraus, dass bereits bescheidene Ersparnisse aufgebraucht wurden.

Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem ein echter Arbeitsmarkt – und das heißt, eine Arbeitnehmerknappheit – wieder hergestellt ist und auch einiges mehr zurechtgerückt wird, stellt ein Grundeinkommen wohl die beste Lösung dar – aber eben nur als Übergangslösung. Obwohl viele die Bequemlichkeit eines Grundeinkommens nicht ausnützen würden, um zu faulenzen, so gibt es Andere, die dies doch tun würden. Oder würden diese sich vermehren, ohne die erforderliche Erziehungsarbeit voll leisten zu wollen. Mit der Zeit entstünde ferner eine Erwartungshaltung, die auf die Ausnützung der Arbeitswilligen hinausläuft. Jedes soziale System muss Korrekturen in Reserve halten, um die individuellen Tugenden tüchtig zu halten und den Lasten (Faulheit, Habgier) entgegenzuwirken. Schließlich muss das Grundeinkommen der Einen über Umwege von dem Einkommen der Anderen herrühren.

Die Überlegungen zum Grundeinkommen betreffen natürlich die Bürger nur in ihren arbeitsfähigen Jahren und nicht im Rentenalter. Die Vorstellung, die noch immer von wirklichkeitsfernen Politikern und Ideologen kolportiert wird, man solle sich universell um eine Zusatzrente, große Lebensversicherung oder bedeutende Ersparnisse kümmern, beruht auf zu vielen falschen Prämissen, als dass man sie schnell zusammenfassen könnte. Es gab vielleicht eine kurze Epoche, als diese Denkweise glaubhaft war, inzwischen wurde die Welt schon vor der Finanzkrise 2008 für die meisten zu unsicher und unberechenbar, als dass der Gedanke der frommen Eigenvorsorge für viele noch ernst zu nehmen war.

In vielen Gesellschaften sind die Alten die Besitzer der Häuser und daher des Bodens, wobei es sich versteht, dass sie diese stellvertretend für ihre noch nicht geborenen Nachkommen innehaben. Es handelt sich um ein Genussrecht. Es steht ihnen nicht frei, das Heim und den Boden zu verkaufen.

Ähnlich könnten wir den Besitz des Bodens überhaupt auffassen. Und das Genussrecht den Alten überlassen. Das

könnte so aussehen: Die Erlöse einer Besteuerung der Rohstoffe – also von den Erzeugnissen des Bodens und somit auch der aufgestauten Sonne der Urzeiten – würden für die Grundeinkommen und die Gesundheit der älteren Generation aufgewendet. Das nennen wir *Ressourcensteuer*. Diese Steuer dient ferner dazu, sicherzustellen, dass die großen Töpfe der Welt zumindest etwas langsamer leergeräumt werden.

VII. Produktsteuer

Es gilt, das Missverhältnis zwischen steuerlicher Belastung der Arbeitsplätze und relativer steuerlicher Entlastung der Industrieanlagen zu beseitigen. Die Nachteile der vorhandenen Aufteilung sind vorhin angesprochen worden und, da sich kaum jemand findet, der tatsächlich das jetzige System prinzipiell verteidigen möchte, erübrigt sich beinahe eine Aufzählung. Trotzdem, als Beispiele:

Es ist für den Endverbraucher häufig billiger, ein neues Gerät zu kaufen, als das alte reparieren zu lassen. Dies gilt insbesondere, wenn man die Nebenkosten der Reparatur beziehungsweise des Neukaufs mit berücksichtigt. Zum Teil rührt dieser Umstand von der Preispolitik der Unternehmen her, denn eine Reparatur erfordert meistens ein Ersatzteil, dessen Preis übertrieben hoch liegen kann. Zum Teil rührt der Umstand aber auch daher, dass die Kosten der Verschrottung des Altgeräts beziehungsweise der entstehenden Umweltbelastung nicht mit in das Kalkül fließen. Diese Kosten werden schließlich von der Allgemeinheit oder sogar von unseren Nachkommen getragen, so dass wir diese als Einzelkonsumenten nicht zu berücksichtigen brauchen.

Zur Klarstellung: Es wird hier nicht behauptet, dass prinzipiell eine Reparatur einem Neukauf vorzuziehen wäre. Das dürfte sehr unterschiedlich sein, je nach dem Fall (zum Beispiel, angesichts einer neuartigen Effizienz beim Stromverbrauch). Die Kritik besteht vielmehr darin, dass aufgrund einer künstlichen Preispolitik der

Unternehmen einerseits und einer verzerrenden Steuerpolitik andererseits die Wirtschaftlichkeit der Konsumentenentscheidung nicht mehr mit dem gesamtwirtschaftlichen Gehalt des Kaufvorgangs übereinstimmt. Was für den Kunden sinnvoll ist, mag häufig volkswirtschaftlich oder für die Umwelt abträglich sein, und daran ist an erster Stelle der Staat schuld. Denn auch die Preispolitik der Unternehmen dürfte zumindest teilweise auf steuerliche Gegebenheiten zurückzuführen sein, die die Unternehmen direkt nicht zu verantworten haben.

Eine ähnliche Verzerrung findet beim Einkauf von Gegenständen mit geringem Wert statt. Eine informierte und unabhängige Beratung, wenn sie einmal angeboten würde, dürfte viel und häufig sogar mehr kosten, als der Gegenstand selbst. Konsumenten, die voll arbeiten und entsprechend verdienen, haben selten die Zeit, sich über bestimmte Produkte zu informieren, auch wenn dies praktisch möglich ist. Daran Schuld ist zum Teil die herrschende Einkaufskultur.

So könnte man sich alternativ vorstellen, im Fachgeschäft einen Verkäufer für den Rat getrennt zu bezahlen, um sicher zu gehen, dass man nicht etwas aufgeschwatzt bekommt, dessen Verkauf zwar interessant für den Verkäufer ist, weniger geeignet aber aus Sicht des unwissenden Käufers. (Diese Problematik und diese Lösung gelten übrigens noch eindeutiger und bedeutender im Bereich der Finanzprodukte; hier wurde von der EU vor kurzem etwas Abhilfe geschaffen, allerdings – wie üblich – mit jahrzehntelanger Verspätung.)

Somit sind wir weitgehend auf Selbstbedienung angewiesen, da der erforderliche Aufschlag für eine neutrale Hilfestellung durch echtes Fachpersonal zu groß wäre, um sich vertreten beziehungsweise durchsetzen zu lassen.

Die schiefe Steuerpolitik wirkt zudem gegen die Entfaltung der Persönlichkeit (also gegen Artikel 2 des Grundgesetzes), denn individuelle Wünsche, deren Befriedigung naturgemäß ohnehin kostspieliger ausfällt, werden zusätzlich besteuert. So kann zum Beispiel eine alte edle Tür nur arbeitsintensiv restauriert werden; weitaus billiger ist die neue Tür frisch aus der Fabrik, denn das Gros der Steuerlast entfällt auf die Arbeitsstunden. Auch der regelmäßige Konzertbesuch wird steuerlich benachteiligt im Vergleich zu den Vollkosten einer Musikanlage der Spitzenklasse. Die Gegebenheiten der Massenproduktion erzeugen ohnehin Kostenvorteile gegenüber dem traditionellen, individuellen Geschmack. Anstatt aber sich zumindest neutral zu verhalten, schaltet sich der Staat zugunsten der Gleichmacherei ein.

Das hat zudem Folgen für die Beschäftigung. Die Automatisierung stellt sicher, dass die Fabriken immer weniger Arbeitsplätze anbieten und es sind solche, bei denen die individuelle Entfaltung ausgeschlossen ist. Dafür kann die Arbeit an der Wiederherstellung eines alten Gegenstandes menschlich befriedigend wirken wie sonst nur das Spielen im Orchester. Nach Vorstellung des Staates sollen aber Tischler und Musiker eine Umschulung machen – vielleicht für das Webdesign oder das Marketing? – oder sich sonst verarmt vom Arbeitsmarkt zurückziehen.

Diese Überlegungen setzen voraus, dass als Korrektur keine „Steuerhinterziehung“ beziehungsweise „Schwarzarbeit“ stattfindet. Sie führen aber auch zwingend zum Schluss, dass diese – in dieser Situation und vor diesem Hintergrund – nicht nur gerechtfertigt sind, sondern ethisch durchaus angebracht, sogar geboten, sein können.

Wie kann nun das Missverhältnis zwischen steuerlicher Belastung der Arbeit und steuerlicher Entlastung der industriellen Produktion beendet werden? Es liegt nahe, bescheiden bezahlte Arbeit von Abgaben ganz zu befreien. Nach dem vorgestellten Modell werden Rentenbeiträge nicht mehr erhoben, denn die Renten werden über die Ressourcensteuer

bezahlt. Einkommensteuer wird zwar noch erhoben (zur Bezahlung der Bildung der nächsten Generation), dürfte aber bei kleinen Löhnen noch nicht greifen.

Wie können diese Ausfälle wettgemacht werden? – Wir führen eine *Produktsteuer* ein. Diese wird am Fabrikator oder auch bei der Einfuhr erhoben. Die Produkte (auch Halbwaren) werden in (beispielsweise) zehn Kategorien eingeteilt, je nach der Kapitalintensität ihrer Herstellung. Die Kapitalintensität steht normalerweise im umgekehrten Verhältnis zur Arbeitsintensität. Produkte, die relativ einfach herzustellen sind, erhalten einen geringfügigen steuerlichen Zuschlag; hochwertige technische Produkte erhalten einen hohen.

Die Produktsteuer bezahlt die Infrastruktur, denn auf diese sind die Hersteller direkt angewiesen, während andere im Notfall mit weniger auskommen könnten.

Wie verträgt sich eine Produktsteuer mit dem internationalen Handel? Es ist egal, ob sie am Fabrikator oder im Einfuhrhafen erhoben wird. Die inländischen und ausländischen Produzenten sind gleichgestellt. Sie entfällt bei der Ausfuhr (dafür könnte aber das Empfängerland eine entsprechende Steuer bei der Einfuhr erheben); beziehungsweise wird sie dem Produzenten bei Ausfuhr erstattet. Die Produktsteuer ließe sich idealerweise für die ganze EU einführen, bei der Einführung in einem einzigen Mitgliedsland wären Anpassungen erforderlich. Sie würde aber dem Gedanken der Freihandelszone keinen Abbruch tun, denn sie diskriminiert nicht die Einfuhren.

Die Produktsteuer ist zudem unter dem Strich weit weniger bürokratisch als die vorhandenen Systeme. So ist sie zuverlässiger und einfacher zu bewerkstelligen als bei den vorhandenen gestreuten Steuern. Es müssen ja nur die Geschäftsbücher und Ausgänge der Fabriken überprüft werden und nicht jeder Arbeitseinsatz (was ohnehin faktisch unmöglich ist). Man kann sich ferner vorstellen, dass konkurrierende Wirtschaftsprüfungsgesellschaften beauftragt werden, um teilweise doppelte Kontrollen durchzuführen.